

Bürgerbeteiligungsmodell beschlossen

Gemeinderat gibt grünes Licht für „Modell für Information und Bürgerbeteiligung“

Krems – Das „Modell für Information und Bürgerbeteiligung“ stand bei der jüngsten Gemeinderatssitzung ebenso zur Debatte wie die Bestellung von Sicherheits- und Seniorengemeinderäten, der Schuldenbericht 2016 und die vorzeitige Tilgung eines Darlehens.

„Krems gemeinsam gestalten“: So lautet die Vorgabe und der Titel des Kremser Modells für Information und Bürgerbeteiligung, das gestern, 22. Februar, im Gemeinderat präsentiert und schließlich mehrheitlich beschlossen wurde. Mit der Entwicklung war Beteiligungsexpertin Dr. Rita Trattinig vom Institut für Kulturwandel betraut. Das Modell beruht auf Erfahrungswerten erprobter Modelle wie zum Beispiel dem Grazer Modell.

Das Kremser Modell für „Information und Beteiligung“ bildet einen klaren und nachvollziehbaren Rahmen und stellt für die Stadt eine Verpflichtung dar, BürgerInnen und Interessensgruppen möglichst früh in Vorhaben einzubinden. Dabei wird es ausschließlich um öffentliche Projekte der Stadt gehen, da private Vorhaben aus rechtlichen Gründen ausscheiden. Kernelement des Kremser Modells ist die so genannte Vorhabensliste, in der die Projekte strukturiert dargestellt sind. Sie wird zum Beispiel Mobilitäts- und Entwicklungskonzepte, Teilbebauungspläne und konkrete Bauvorhaben enthalten. Bei jedem dieser Projekte wird dokumentiert, wie Bürgerinnen und Bürger eingebunden werden – in Form von Information (z.B. Informationsveranstaltungen), Konsultation (Stellungnahmen, Anregungen) oder Beteiligungsformaten. Die Vorhabensliste ist öffentlich zugänglich und wird laufend aktualisiert und wird nach der Ersterstellung unter www.krems2030.at zur Verfügung gestellt.

„Die Zukunftskonferenz 2016 brachte ein klares Bekenntnis zu Bürgerbeteiligung, auch wenn sich die Teilnehmer einig waren, dass es oft ein mühsamer und aufwändiger Weg sein kann. Das Modell ist daher ein wesentlicher Baustein für Bürgerbeteiligung“, unterstreicht Bürgermeister Dr. Reinhard Resch. Stadträtin Eva Hollerer: „Das Kremser Modell ermöglicht uns einen klar strukturierten Zugang zu Bürgerbeteiligung sowie eine transparente nachvollziehbare Kommunikation.“

Sicherheits- und Seniorengemeinderäte

Die Gemeinderäte Werner Stöberl (SPÖ) und Andreas Ettenauer (ÖVP) werden zu Sicherheitsgemeinderäten bestellt. Sie sollen die Stadt als Projektpartner für die österreichweite Initiative „Gemeinsam.Sicher. Österreich“ vertreten. Um auf die Bedürfnisse und Anliegen der älteren Bevölkerungsgruppe besser eingehen zu können, übernehmen Stadtrat Alfred Scheichel (SPÖ) und Gemeinderätin Gertrude Boyer (ÖVP) die Funktion der Seniorengemeinderäte der Stadt. Die Bestellungen fanden im Gemeinderat ebenfalls mehrheitliche Zustimmung.

Einstimmige Beschlüsse fielen für die vorzeitige Tilgung eines Darlehens für das Betriebsgebiet Hafen in Höhe von 56.790 Euro und den Schuldenbericht 2016. Der aktuelle Gesamtschuldenstand der Stadt lag mit 31. Dezember 2016 bei 124,8 Millionen Euro, was einer Reduktion von über 10 Millionen Euro gegenüber 2015 entspricht.

Rückfragen: Ursula Altmann-Uferer, Tel. 02732/801-227